

**Aufruf zur bundesweiten Demonstration
am Samstag, 18. 11. '95 in Köln, um 11 Uhr ab Ebertplatz**

FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG IN KURDISTAN

Seit 1993 gilt in der BRD das sog. "PKK-Verbot". Anlässlich des 2. Jahrestages gehen wir auf die Straße. Wir fordern das Recht der freien politischen Tätigkeit für Kurden und Kurdinnen in Deutschland, wir fordern eine politische Lösung in Kurdistan.

Es ist offensichtlich: Gemeinsam mit der Türkei betreibt die Bundesregierung die politisch-militärische Eskalation gegen die Freiheitsbestrebungen des kurdischen Volkes. Deutsche Waffen werden geliefert, deutsches Geld sichert das Überleben der türkischen Wirtschaft unter den Bedingungen des Krieges, deutsche Diplomatie und Einfluß hält der Türkei auf internationaler Ebene den Rücken frei. Mit dem Verbot der PKK, der ERNK und 35 kurdischen Vereinen vor zwei Jahren ist dieser Kurs gegen die Möglichkeit einer politischen Lösung auch innenpolitisch eskaliert.

Damals wie heute betrachtet die Türkische Republik die kurdischen Gebiete als Kolonie, deren Bodenschätze (Öl, Chrom, Wasser) und Menschen ausgebeutet werden. Für die NATO - insbesondere die Bundesrepublik Deutschland - ist Kurdistan nicht nur Rohstoffreservoir, sondern zugleich Aufmarschgebiet im Mittleren Osten und Durchgang zum Kaukasus und den neuen zentralasiatischen GUS-Staaten. Der NATO-Partner Türkei als regionale Ordnungsmacht sichert das. In den expansionistischen Plänen westlicher Kontrolle und Sicherung existiert kein Kurdistan. Sämtliche Versuche der kurdischen Bevölkerung, die eigenen Interessen mit friedlichen und legalen Mitteln durchzusetzen, wurden mit Gewalt bis hin zum Völkermord unterdrückt.

Deutschland leistet aktive Beihilfe. Der türkische Krieg gegen Kurdinnen und Kurden wird umfangreich finanziert und gesichert. Die BRD ist nicht nur der wichtigste Handelspartner der Türkei, sondern - gleich hinter den USA - auch der größte Waffenlieferant. Im Wert von 6,311 Mrd. Mark wurden in

1994:

Festnahmen 14.473
nach Festnahme Verschwundene 328
Morde unbekannter Täter 292
außergerichtliche Hinrichtungen, z.B. in
Polizeihaft 298
Verhaftungen 1.209
Zahl der Gefolterten 1000
Gegen Zivilisten gerichtete Gewalttaten
458 Tote und 574 Verletzte
Gezielt zerstörte Dörfer 5000
Gezielte Waldverbrennungen 31
Verbote gegen Gewerkschaften,
Parteien, Vereine 119
Bombenanschläge 191
Haftstrafen für Journalisten und
Verleger 537 Jahre + 2 Monate
Geforderte Haftstrafen für Journalisten
und Verleger 1081 Jahre + 6 Monate
Beschlagnahmte Publikationen 450
Verhaftete Schriftsteller, Abgeordnete, Künstler,
Journalisten und Gewerkschaftler ca. 100



Kurdistan-Demonstration am 12.3. 94 in Bonn

Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

den letzten 30 Jahren Waffen an die Türkei geliefert, ein großer Teil davon wurde geschenkt. Drei Mal putschte in dieser Zeit das Militär, dreimal wurden nach kurzer Unterbrechung die Lieferungen fortgesetzt. Umfangreiche polizeiliche Ausbildungs-, Ausstattungs- und Amtshilfe sichern die Effektivität des türkischen Repressionsapparates.

FÜR DIE SOFORTIGE AUFHEBUNG DES VERBOTS DER PKK, ERNK UND ALLER KURDISCHEN VEREINE IN DEUTSCHLAND

Das Verbot vom 26. November 1993 setzte für Ankara ein klares politisches Signal: mit der Auslöschung des "kurdischen Terrorismus", wie der kurdische Freiheitskampf vom Nationalen Sicherheitsrat der Türkei bezeichnet wird, ist fortzufahren. Die außenpolitische Unterstützung des türkischen Regimes durch die BRD findet ihre Entsprechung in der Kriminalisierungs- und Verfolgungspolitik gegen die Nationale Befreiungsfront Kurdistans, ERNK, die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK sowie 35 weitere kurdische Organisationen und Vereine in der BRD; ausgegrenzt und kriminalisiert werden diejenigen, die den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan unterstützen und über die deutsche Mittäterschaft nicht schweigen.



Kurdistan-Demonstration am 12.3. 94 in Bonn

Quelle: Ralf Schröder

Bereits 1989 wurde mit dem "Düsseldorfer Kurdenprozeß" der Versuch unternommen, die PKK bzw. Teile von ihr nach §129a als terroristische Organisation zu verbieten. Doch dieser, wesentlichen auf Kronzeugen gestützte, Prozeß endete für die Bundesanwaltschaft (BAW) mit einer Schlappe: nur 4 der ursprünglich 21 Angeklagten wurden überhaupt verurteilt.

Mit den Verboten von PKK, ERNK und 35 kurdischen Vereinen und Organisationen am 26.11.93 hat sich das deutsche Innenministerium ein Instrumentarium geschaffen, mit dem jegliche kurdische Kritik an der deutschen Unterstützung des türkischen Regimes kriminalisiert wird. Der Präsident des türkischen Verfassungsgerichts Y. Günger kommentierte diese Verbote damals folgendermaßen: "Deutschland hat mit Methoden, die nicht einmal der türkische Staat anzuwenden wagte, die kurdischen Organisationen innerhalb einer Nacht geschlossen." In der Folge wird die kurdische Bevölkerung in Deutschland mit mehreren 1.000 Ermittlungsverfahren überzogen, Veranstaltungen wie die Newroz-Feiern und Demonstrationen verboten oder von der Polizei aufgelöst, Vereine und Privatwohnungen überfallen. Im März '95 wurden abermals mehrere Vereine und das Kurdistan-Informationsbüro in Köln verboten, im Juni '95 der AGRI-Verlag in Köln verboten und über 15 t Material (darunter Videos, Bücher von Ismail Besiki und kurdische Schulbücher) beschlagnahmt. Am 1.7.'94 wurde in Hannover der 16jährige Kurde Halim Dener beim Plakatieren von ERNK-Plakaten von einem Zivilpolizisten erschossen.

Heute sind einige hundert Kurdinnen und Kurden aus politischen Gründen in deutschen Gefängnissen. Die BAW versucht erneut, in mehreren Verfahren nach § 129a die kurdische Bewegung in Deutschland als "terroristisch" zu kriminalisieren. In Großbritannien wurde zudem der Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz, inhaftiert, als er sich dort auf Einladung britischer Parlamentarier aufhielt. Die BAW fordert seine Auslieferung an Deutschland, um ihn als "Rädelsführer" nach §129a anzuklagen.

Auch am Ende des 20. Jahrhunderts wird Kurdinnen und Kurden das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK 1984 war das Ergebnis einer brutalen jahrzehntelangen Unterdrückung und Diskriminierung des türkischen Regimes. Die PKK wird heute von der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans als legitime Vertretung ihrer Interessen anerkannt. Ohne die PKK kann es daher keine Lösung für Kurdistan geben. Ihr langjähriger Kampf und Widerstand hat die "kurdische Frage" auf die Tagesordnung internationaler Politik gesetzt. Seit den Verboten 1993 werden in der BRD Veranstaltungen und Demonstrationen, bei denen Kurden und Kurdinnen ihre politische Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf und die PKK zum Ausdruck bringen wollen, verboten und pauschal kriminalisiert. Dadurch soll die Solidarität und kritische

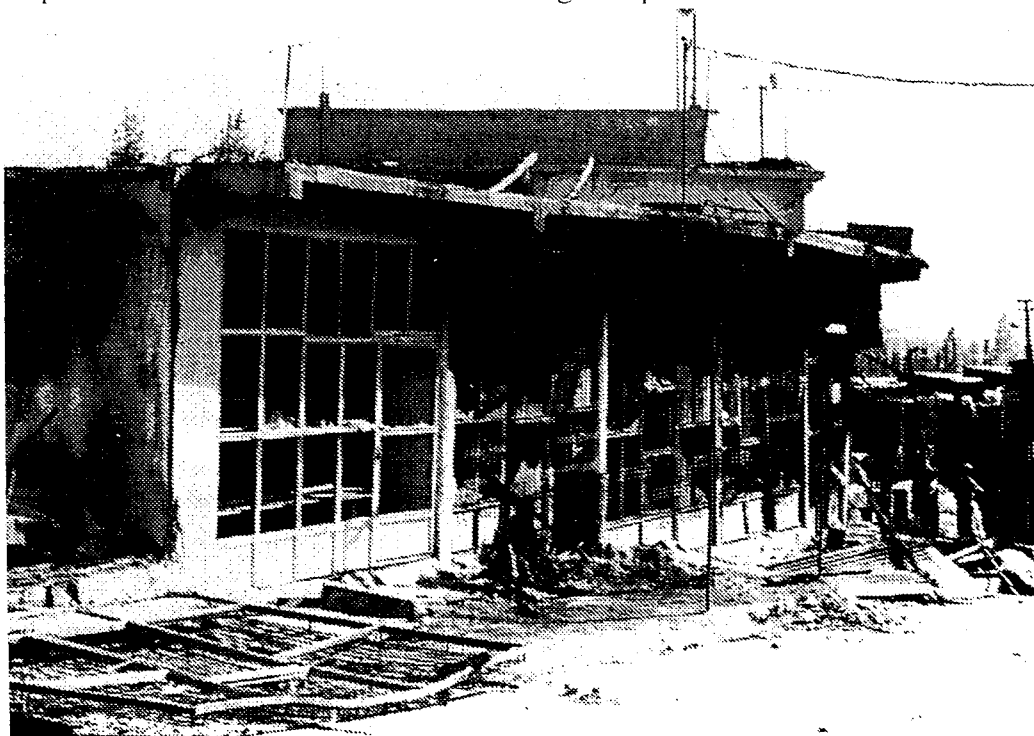
Debatte um die Ziele und Realität des kurdischen Befreiungskampfes unmöglich gemacht werden. Fundamentale Menschenrechte, wie das der Meinungsäußerung, werden ihnen damit aberkannt.

Eine ganze Bevölkerungsgruppe soll mundtot gemacht werden. Ca. 500.000 Kurdinnen und Kurden leben in Deutschland. Die Verbote kurdischer Vereine und Organisationen sind ein Angriff auf das grundsätzliche Recht der Menschen auf politische Organisierung, auf das Recht der Presse- und Versammlungsfreiheit.

KEINE ABSCHIEBUNG IN DEN FOLTERSTAAT TÜRKEI

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen aus der Türkei und anderen europäischen Ländern haben nachgewiesen: die kurdische Bevölkerung wird in allen Regionen der Türkei verfolgt. Aber das Bundesinnenministerium drängt auf die weitere Abschiebung von Kurden und Kurdinnen, die hier ihr Recht zur Demonstration wahrnehmen und politisch aktiv den nationalen Befreiungskampf unterstützen. Bewußt wird

von Bonn in Kauf genommen, daß die Abgeschobenen in der Türkei Haft und Folter zu erwarten haben. Die deutsche Innenpolitik entspricht nicht nur den neuen deutschen Macht- und Expansionsinteressen, sondern auch einer weit verbreiteten rassistischen Haltung: die Folklore fremder Länder ist in diesem Staat zwar willkommen, die politische Betätigung aber ist unerwünscht ist. Darüber hinaus ermuntert die deutsche Innenpolitik auch türkische Faschisten, immer brutaler gegen Kurden und Kurdinnen vorzugehen. Wir erinnern an die Ermordung von Seyfettin Kalan in Neumünster.



Zerstörtes Lice

Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

OB IN DIYARBAKIR, ISTANBUL ODER ANKARA, OB IN MÜNCHEN, BERLIN ODER BONN: FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Es gibt Wege für eine Beendigung des Krieges in Kurdistan auf dem Verhandlungsweg. Die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, hat ihre Bereitschaft dafür mehrfach geäußert: auf der Internationalen Nordwest-Kurdistan-Konferenz im März 1994 in Brüssel wurde von der PKK ihre Verhandlungsbereitschaft vorgebracht. Abdullah Öcalan, der Generalsekretär der PKK, erneuerte dieses Angebot im April 1995 in einem Brief an die bundesdeutsche Regierung. Er forderte Bonn auf, sich direkt bei der türkischen Regierung

und im Rahmen der zuständigen internationalen Gremien für politische Verhandlungen unter Einbeziehung der PKK einzusetzen. Eine Voraussetzung dafür wird sein, daß die bundesdeutsche Diffamierung der PKK als "terroristische Organisation" beendet und die Verbote gegen die PKK, ERNK und kurdische Vereine aufgehoben werden. Ohne die Rücknahme dieser Verbote, ohne massiven Druck aus Europa wird es keine Verhandlungslösung geben. Wir unterstützen die Forderung des Kurdistan Parlaments im Exil, als Verhandlungspartner anerkannt zu werden.

Deutscher BRT 60 Panzer bei Sirmak



Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

Wir stellen uns solidarisch an die Seite der verfolgten und kriminalisierten Kurden. Wir widersprechen dem offiziellen Kurs der Bonner Regierung und sagen:

Kurdistan muß frei sein!

Stopp der deutschen Waffenlieferungen und der militärisch-logistischen Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime

Aufhebung des Verbots der PKK, ERNK und aller kurdischen Vereine

Schluß mit der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland - Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen

Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei

Anerkennung eines Beobachterstatus für das Kurdistan-Parlament im Exil bei den Vereinten Nationen

Freiheit für Kurdistan - Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf

Hoch die internationale Solidarität!

Der Aufruf wird unterstützt von:

AK "rechtsfreie" Uni Bonn; AK Kurdistan D'dorf; AK Kurdistan-Solidarität, Köln; AKKI - Antifaschistische Gruppe Kalk/Köln International; Antifa Bonn/ Rhein-Sieg; Antifa Jugendfront Uelzen; Aktionsbündnis gegen Rassismus Mannheim; Aktionskreis Solidarität D'dorf; Antifa AK Uni Köln; Antifa Liste Uni Köln; Antifa St. Augustin; Antifaprojekt FH Aachen; Antifareferat ASTA Uni Mainz; Antirassistische Gruppe Bonn (ArGiB); Antirepressionsgruppe Aachen; AK Kurdistan Köln; AK Kurdistan-Solidarität Siegen; AStA FH Aachen; AStA der GH Kassel; AStA Uni Köln; Autonome Antifa Mainz/Wiesbaden; AusländerInnenreferat ASTA Uni Mainz; autonomes Zentrum Bazille, Kassel; Autonomes Zentrum Aachen; Bayerischer Flüchtlingsrat; Bella, Hamburg; BUKO - Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bündnis Grundrechte verteidigen, Frankfurt; Bündnis gegen Rassismus, München; Bunte Hilfe Stuttgart; Cafe nix da, Mainz; Demonstrationsvorbereitungs-plenum Frankfurt; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Mainz; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Neuss; DKP KV-Köln; Dritte-Welt-Haus Frankfurt; Dritte-Welt-Laden Gelnhausen; Dritte-Welt-Laden Schwäbisch-Hall; FARA (Lesben/Frauen der feministischen, antifaschistischen, revolutionären Aktion)/ organisiert in der AA/BO: Flüchtlingsplenum Aachen; FrauenLesbenplenum Hamburg; Freundeskreis des kurdischen Volkes Mannheim; Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen; Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Mainz; GAJ - Grün-Alternative Jugend Schwäbisch Hall; Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen Köln; Gruppe gegen die KurdInnenprozesse Bremen; Jens Heitmann, Bonn; Hochschulantifa Mainz; Infoladen Köln; Informationsstelle Kurdistan e.V., Bonn; Initiativkreis Kurdistan Saarbrücken; iz3w Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg; Internat-Referat ASTA Uni Mainz; Ulla Jelpke MdB (PDS); JRE Jugend gegen Rassismus in Europa; Jusos Schwäbisch Hall; Komitee für die Freiheit von Mumia Abu Jamal, Stuttgart; Kurdistan Komitee Karlsruhe; Kurdistan Solidaritäts-Komitee Tübingen; Kurdistan Solidarität Uelzen; Kurdistan Solidaritätsbündnis Marburg; Kurdistan-AG am AStA der Uni Gießen; Kurdistan- Informationszentrum e.V., Köln; Kurdistan-Solidarität Nürnberg-Erlangen; Kurdistan-Solidaritätskomitee München; Libertad!: Linke Liste an der RWTH Aachen; Mainzer Flüchtlingsrat; medico international; PDS / Linke Liste, LV Nordrhein-Westfalen; PDS KV Bonn; Regionalplenum der Kurdistan Solidaritätsgruppen NRW; Kurdistan-Zentrum, Bonn; Redaktion "LiZ", Aachen; Rojda, kurdisch-deutscher Freundschaftsverein Konstanz; Rote Hilfe, OG Göttingen; Solidaritätsgruppe Kurdistan Oberhausen; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Bundesvorstand; Heinz Stehr, Sprecher der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP); StudentInnen-gruppe Kurdistan Kassel; Süddeutsches Regionalplenum der Kurdistan-Solidaritätsgruppen; Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK); Steffen Tippach MdB (PDS); Verein f. Kommunikation u. Kultur e.V., Mainz; VVN/BdA Schwäbisch Hall; Winfried Wolf MdB (PDS); YEK-KOM, Föderation der kurdischen Vereine in der BRD;

Die Demonstration wird unterstützt von:

AK gegen den Kurdenprozeß Frankfurt; Aktionsbündnis Freiheit für Kurdistan, Bremen; AL/AB Alternative Liste/ Antifaschistisches Bündnis Köln; JungdemokratInnen/Junge Linke NRW; K.O.K. roaches, Kaiserslautern; Kein Friede, Frankfurt; Rote Hilfe, Bundesvorstand; Sozialistische Selbsthilfe Köln Ehrenfeld (SSK);

